

# Der Zeitungs-Arbeiter

Bereinzelt seid ihr nichts - Vereint alles!

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstraße 6/7 II - Fernspr.: Königsplatz 1076 - Postfachkonto Berlin 53 86 - Die Zeitung erscheint jeden Freitag

Angewandte dreifachspaltige Kleinzeile 10 Mark  
Anzeigen und Werbungsstellen sind an Dito 3 2 m 8, Berlin D 27,  
Magazinstraße 6/7 II, zu richten - Bezug nur durch die Post  
Preis vierteljährlich 9 Mark und Bestellgeld

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

**Inhalt:** Protokoll der Generalversammlung in Breslau betreffend. - Die vogtländische Fabrikanten-Schutzgemeinschaft gegen die Verordnung des sächsischen Arbeitsministers. - Der Achtstundentag in Gefahr. - Sind Arbeitsordnungen, welche vor dem 1. Januar 1919 erlassen wurden, am 1. September 1920 ungültig geworden oder nicht? - Was tut. - Der Soziallohn. - Die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt a. M. - Existenzminimum im September 1921. - Aus den Gewerkschaften. - Aus der Textilindustrie. - Arbeiterbewegung. - Soziale Rundschau. - Berichte aus Fachkreisen. - Briefkasten. - Literatur. - Bekanntmachungen. - Anzeigen. - Unterhaltungsteil. - Paris. - **Jeg' kumm ich halt!**

Das Protokoll über die Verhandlungen der Verbandsgeneralversammlung in Breslau kommt diese Woche an die Besteller zum Versand. Da nur noch eine beschränkte Anzahl von Exemplaren zur Verfügung steht, ersuchen wir die Reflektanten auf das Protokoll, ihre Bestellungen schleunigst aufzugeben. Der Vorstand.

## Die Vogtländische Fabrikantenschutzgemeinschaft gegen die Verordnung des sächsischen Arbeitsministers bezüglich des Ueberstundenwesens.

In Nr. 33 haben wir eine Verordnung des sächsischen Arbeitsministers über Bewilligung von Ueberstunden veröffentlicht. Diese Verordnung ist auf Grund einer Beschwerde unserer sächsischen Verbandsvorstellung, welche eine Ausdrucksache im Arbeitsministerium zur Folge hatte und in welcher lebhaftest Klagen über dauernde Durchbrechungen des Achtstundentages geführt wurden, entstanden. Bei der Besprechung im Arbeitsministerium wurde nachgesehen, daß viele Unternehmer im Vogtland und im Erzgebirge, so unter anderem im Mühlen- und Bretzgewerbe, in der Industrie des Erzgebirges und in der Stickerindustrie bis zu 14 Stunden täglich arbeiten, obwohl gerade im Vogtland arbeitslose Hilfskräfte in genügender Anzahl vorhanden seien und außerdem dort noch zahlreiche Maschinen leerstehen, z. B. in Plauen über 2000, in Eibenstock über 500, u. s. w. Die Ueberstunden tragen zu einer weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit bei, die in diesem Bezirk größer ist als in allen anderen Bezirken Deutschlands. In vielen Fällen haben die Unternehmer nicht einmal die gesetzlich vorgeschriebene Genehmigung für die Ueberstunden eingeholt, ja manche ließen trotz der Verweigerung der Genehmigung Ueberstunden machen.

Gegen die Verordnung des sächsischen Arbeitsministers hat nun die Vogtländische Fabrikantenschutzgemeinschaft E. V. einen offenen Brief an den sächsischen Arbeitsminister gerichtet, welcher im „Vogtländischen Anzeiger“ veröffentlicht worden ist. In diesem Brief wird einfach gesagt, daß die Konkurrenz im Arbeitsministerium unter dem Vorhinein des Ministers den Eindruck erweckt habe, daß es sich um eine Beratung von Vertretern des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes unter Leitung seines I. Vorsitzenden gehandelt habe. Der amtliche Bericht sieht erkennen, daß parteipolitische Besprechungen, nicht aber sachliche Verhandlungen über volkswirtschaftliche Fragen, stattgefunden haben. - Den Plauener Industriellen mag es unbehaglich sein, daß heute von einem Arbeitsministerium die Arbeiter gehört werden, wenn wirtschaftliche Maßnahmen getroffen werden müssen. Früher war das freilich anders. Da wurden nur die Unternehmer gehört und wirtschaftliche Maßnahmen lediglich von dem einseitigen Interessentstandpunkte der Unternehmer aus getroffen, und zwar oftmals gegen die Arbeiterschaft. Wir könnten das ja an einer ganzen Reihe von Beispielen nachweisen.

Da nun durch eine Verordnung des Arbeitsministers gegen das in Sachsen grassierende Ueberstundenwesen eingeschritten

wird, glaubt man seitens dieser Fabrikanten, dem Arbeitsminister politische Motive unterzulegen zu können. Es ist dies eine recht bequeme Art, die aber um so niederträchtiger ist.

Die Vogtl. Fabrikantenschutzgemeinschaft behauptet, daß die Industrie nicht in der Lage sei, die erforderlichen Hilfskräfte sowie Stepperinnen, Ausbesserinnen, Aufpasserinnen u. s. w., da dieselben nicht mehr als erwerbslos vorgeerntet sind, erhalten zu können. Dieses dürfte in der Hauptsache nicht zutreffen. Wenn auch schließlich auf dem Plauener Arbeitsamt solche Arbeitskräfte nicht als gemeldet vorliegen, so ist aber bekannt, daß die Plauener weibliche arbeitende Bevölkerung in ihrer Mehrzahl diese Arbeiten kennt und daß, wenn den Unternehmern daran liegt, diese Arbeitskräfte leicht beschaffen zu können, Vorausschickung ist natürlich, daß endlich die Plauener Industriellen die Löhne zahlen, die in den übrigen Industrien gezahlt werden. Gerade die Plauener Stickerindustrie ist erheblich, gegen andere Branchen der Industrie in der Lohnfrage zurückgeblieben, und dieses dürfte der alleinige Grund dafür sein, daß heute in der dortigen Stickerindustrie diese Hilfskräfte fehlen. Die Plauener Unternehmer stehen auf dem Standpunkt, möglichst wenig Lohn zu zahlen, dafür aber die Arbeitszeit recht lang auszudehnen. Auch schon früher, wo die reguläre Arbeitszeit 10 Stunden betrug, war es in der Plauener Sticker- und Spinnindustrie gang und gäbe, in der Zeit der Hochkonjunktur 14 und 16 Stunden und noch länger zu arbeiten. Die Behörden haben gegenüber diesem Treiben der Unternehmer immer die Augen zugeknipft. Aus diesem Grunde hat man sich daran gewöhnt und glaubt nun, auch gegenwärtig noch an dem Ueberstundenwesen festhalten zu müssen und hierdurch den achtstündigen Arbeitstag illusorisch machen zu dürfen.

Die Arbeiterschaft hat aber die Pflicht, mit aller Energie an dem Achtstundentag festzuhalten und sie fordert deshalb auch, daß die behördlichen Stellen ihren ganzen Einfluß dahin geltend machen, daß der achtstündige Arbeitstag unbedingt bestehen bleibt.

Wenn es für die Vogtländische Fabrikantenschutzgemeinschaft wünschenswert ist, „ob das sächsische Arbeitsministerium auf dem gleichen Standpunkt steht wie der Reichsminister und wie fachverständige Männer mit gründlichen Kenntnissen und Erfahrungen, sowie mit der Fähigkeit, Wirtschaftsverhältnisse zu beobachten oder, mit anderen Worten, ob der Arbeitsminister glaubt, Sachsen bzw. Deutschland ohne die größten Anstrengungen hinsichtlich zu leistender Arbeit wieder hochbringen zu können“, so möchten wir demgegenüber, ohne das es uns einfällt, den sächsischen Arbeitsminister gegen die Anwürfe der Plauener Fabrikanten in Schutz nehmen, weil wir wissen, daß er selbst Mann genug hierzu ist, nur sagen, daß die Plauener Industriellen, die seit Jahr und Tag das deutsche Wirtschaftsleben in der schlimmsten Weise sabotieren, jedes Recht verweigern haben, derartige Fragen zu stellen. Gerade die Plauener Industriellen haben in der Zeit der größten Not nicht im volkswirtschaftlichen Interesse gehandelt, sondern haben lediglich ihre Profitinteressen in den Vordergrund gestellt. Wir glauben wohl nicht nötig zu haben, hier auf Einzelheiten einzugehen, weil ja doch die Plauener Fabrikanten darüber selbst sehr gut Bescheid wissen.

Wenn die Plauener Unternehmer die Ueberstunden verlangen mit dem Hinweis, daß in der Schweiz von beteiligten Kreisen, wozu der offene Brief sächsischerseits auch die Arbeiterschaft rechnet, die 52 stündige Arbeitswoche gefordert wird, - die Arbeiterschaft in der Schweiz kämpft dagegen an -, so möchten wir nur kurz darauf hinweisen, daß dort die verlängerte Arbeitszeit unter ganz anderen Voraussetzungen gefordert wird. Die Schweizer Stickerindustrie liegt seit langer Zeit schwer darnieder und beklagt sich bitter über die Plauener Konkurrenz. Sie behauptet, daß sie dieser Konkurrenz nur dadurch begegnen könnte, indem sie die Arbeitszeit verlängere.

Die Dinge liegen also heute so, daß die Plauener Stickerindustrie in der Lage ist, jede Konkurrenz auf dem Weltmarkt aus dem Felde zu schlagen, und trotzdem wendet sie sich gegen eine solche vernünftige Verordnung.

Das Mittel, das freilich die Schweizer Stickerindustrie anwendet: durch Verlängerung der Arbeitszeit der Plauener Konkurrenz zu begegnen, halten wir für falsch. Aber abgesehen davon, es ist ein Beweis dafür, daß die vogtländische Stickerindustrie heute so

steht, daß sie auf eine Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden hinaus verzichten kann, ohne daß ihr die geringste wirtschaftliche Schädigung erwächst.

Es ist doch nicht so, daß sich die ganze Welt lediglich um die Plauener Stickerindustrie dreht, sondern, daß neben der Plauener Stickerindustrie auch noch andere Kreise eine Existenz- und Lebensberechtigung haben.

Wir wünschen deshalb, daß das sächsische Arbeitsministerium fest bleibt und den Wünschen der Vogtländischen Fabrikantenschutzgemeinschaft, die lediglich aus Profitinteresse heraus diktiert sind, in keiner Weise Rechnung trägt.

## Der Achtstundentag in Gefahr!

Wiederholt haben wir den Nachweis geführt, daß der Achtstundentag abgebaut werden soll. Wenn wir heute nochmals auf diese Frage zurückkommen, so aus dem Grunde, weil die dem achtstündigen Arbeitstag drohenden Gefahren größer sind, als man in Arbeitnehmerkreisen gemeinhin annimmt. Eine im Anzuge befindliche Gefahr aber ist nicht dadurch zu bannen, daß man ihr auszuweichen versucht, sie ist nur abzuschneiden, indem man ihr ins Auge sieht. Darum müssen wir uns heute erneut mit der ganzen Materie noch einmal beschäftigen.

Zunächst aber wollen wir auf ein hinweisen: es ist nämlich ein in Arbeitnehmerkreisen weit verbreiteter Irrtum, daß der Achtstundentag schon auf gesetzlicher Grundlage beruhe. Das ist nicht der Fall. Der achtstündige Arbeitstag ist nach dem 9. November eingeführt worden durch eine Verordnung des Demobilisierungskommissars für die Dauer der wirtschaftlichen Demobilisierung. Der Achtstundentag ist also nur ein Beschluß auf Sicht. Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit muß mithin noch vor Ablauf der für die Uebergangszeit von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft vorgesehenen Frist beendet sein. Und da die Unternehmer gegen die durch Demobilisierungsverordnung geregelte Arbeitszeit Sturm laufen, ist es unsere Pflicht, die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft auf gewisse hinter den Kulissen sich abspielende Vorgänge zu lenken. Denn wir sind berufen, in erster Linie die Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen.

Gerade als Textilarbeiter sind wir ganz besonders stark an der Erhaltung des Achtstundentages und der in der Arbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie vereinbarten 46 stündigen Arbeitswoche interessiert, weil wir auf die in der Textilindustrie in großer Zahl beschäftigten weiblichen Arbeiter noch besonders Rücksicht zu nehmen haben. Ja, wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir in Wahrnehmung dieser Interessen nicht nur gezwungen sind, an der 46-Stunden-Woche festzuhalten, sondern daß wir darüber hinaus die Erregung der 45- bzw. 44-Stunden-Woche verhindern müssen. Dabei ist es selbstverständlich, daß wir jede Verlängerung der täglichen Arbeitszeit, wie sie aus irgendeinem Anlaß oftmals verlangt wird, grundsätzlich ablehnen. Es darf auch an den ersten fünf Wochentagen nicht mehr als 8 Stunden gearbeitet werden, lediglich zu dem Zweck, dadurch den „freien“ Samstagnachmittag zu erreichen. Die Zeit, die an einzelnen Wochentagen über 8 Stunden gearbeitet wird, muß als Ueberzeitarbeit bezahlt werden. Die Ueberarbeit darf nicht auf die Sonnabendarbeitszeit umgelegt werden. Auf diesem Standpunkt müssen wir beharren. Das sind wir den mehreren Hunderttausenden weiblicher Mitglieder unseres Verbandes schuldig, das erfordert außerdem die internationale Solidarität von uns.

Nach den neuesten Feststellungen unserer statistischen Abteilung sind von den 595 817 Verbandsmitgliedern 385 297 = 64,7 Prozent weibliche Mitglieder. Unter den letzteren befinden sich zehn-tausende verheiratete Frauen. Die arbeitende Frau aber verdient, daß die Sozialgesetzgebung ganz besondere Rücksicht auf sie nehme; denn sie ist nicht nur Fabrikarbeiterin, sie ist gleichzeitig auch Hausfrau und Mutter und Erzieherin ihrer Kinder. Um ihre Pflichten als Hausfrau und Mutter erfüllen zu können, muß sie genügend freie Zeit zur Verfügung haben. Die arbeitende Frau hat in Fabrik und Haus zusammengekommen ohnehin schon eine unbegrenzte Arbeitszeit. Jede Verlängerung der Fabrikarbeitszeit würde eine ungesunde Rückwirkung auf ihre häus-

## Paris.

Paris ist immer noch eine Stadt des Glanzes, die wohl von keiner anderen übertroffen wird. Die blendende Lichtfülle am Abend in den Boulevards, das lebhafteste Treiben auf denselben, der immense Verkehr von Autos und Menschen, die kostbaren Auslagen von Waren aller Art in den Schaufenstern der Magazine, alles gemahnt daran, daß man sich nicht nur im Herzen Frankreichs, sondern selbst im Herzen der Welt befindet. Die riesigen künstlerisch aufgeführten öffentlichen Gebäude, die Parkanlagen und Plätze mit riesigen Denkmälern von hohem künstlerischen Wert und hoher geschichtlicher Bedeutung geben Paris den Charakter einer Weltstadt.

Paris zeigt aber nicht nur, was sich an Großem in der Welt zugetragen hat und befindet, sondern auch an Kleinem. Verläßt man einen eleganten Boulevard und begibt sich in eine Seitengasse, so ist man sofort in einer Kleinstadt, die auch rein gar nichts Weltstädtisches an sich hat. Da kommen Händler mit gefüllten Säcken und Körben gezogen, künden ihre Ankunft durch ein Trompetensignal an und preisen dann ihre Waren laut rufend an. Andere Händler bedienen sich eines zweirädrigen Karrens zum Transport ihrer Waren und rufen diese nach einem Trompetenzeichen gleichfalls aus. Und solche Waren sind keinesfalls immer Kleinigkeiten, sondern oft recht große Gegenstände. Wir haben sogar oft fliegende Händler nicht nur Zwirn und Nähmaschinen feilbieten, wie wir es bei uns gewöhnt waren, sondern auch Möbel, z. B. Stühle.

Der Totenkult hat sich in Formen erhalten, wie man sie nur in einer wirklich Kleinstadt für möglich halten sollte. Wer es sich finanziell leisten kann, läßt nach dem Ableben eines seiner Lieben den Eingang zum Trauerhause mit schwarzen Tüchern ausschlagen und vor dem Hause eine Tafel aufstellen, die gleichfalls mit schwarzem Tuch ausgeschlagen wird.

Das alles mutet recht kleinstädtisch an und erinnert so gar nicht an die Weltstadt.

Noch weniger sieht man von der Weltstadt in den Außendteilen von Paris, besonders in der Vorstadt Montmartre. Enge Gassen, wie auch meist im Innern der Stadt, die nur niedrigen Häuser mit noch weniger ornamentalem Schmuck als in der inneren Stadt. Die Gassen steigen steil an. Und wo der Wagenverkehr wegen der Steigung nicht mehr möglich erscheint, führen Treppen in noch höher gelegene Straßen und schließlich zu unheimlichen Winkeln, die nur dadurch heimlich werden, daß in ihnen Liebespärchen sich aufhalten und neben ihnen, auf dem höchsten

Punkte des Montmartre, sich eine Kirche (Zum Heiligen Kreuz) erhebt, die für Wallfahrer eine große Anziehungskraft haben soll. Wer mit verbundenen Augen hierher befördert würde, möchte glauben, er sei in Riegebüdel oder in Krebsjauche, keineswegs aber in der Hauptstadt des großen Frankreich, in der Hauptstadt der Welt.

So berühren sich in Paris die Gegensätze. Wer sie nicht kennengelernt hat, kennt Paris nicht, kennt auch nicht das Leben der Pariser, nicht das Leben von Paris der Arbeit, sondern nur das vom Paris des Müßiggangs und des Vergnügens und nimmt eine ganz falsche Vorstellung von der Hauptstadt der Welt mit nach Hause. Dem Paris des Glanzes, des Lebens und Lärmens steht ein Paris der Düsternheit und der Ruhe zur Seite, das in seiner Gegenfährlichkeit zu dem anderen des Studiums nicht minder wert ist als jenes.

Nicht unerwähnt gelassen sei hier das Paris der Geschichte, besonders der Revolutionsgeschichte. Es umfaßt das Zentrum, den Norden und den Osten der Stadt. Die vom Erdboden verschwundenen Tuilleries, das Schloß Napoleons III. und seiner Frau Eugenie, erinnern ebenso wie die Mauer der Föderierten auf dem Friedhof Pere Lachaise an die Kommune, wie die Julisäule auf dem Bastillenplatz und die neben diesem durch Pfisterzeichen erkennbar gemachten Umrisse der einstigen Bastille an frühere Freiheitskämpfe erinnern. Hier im Osten deutet jeder Pfisterstein historische Boden, hat jede Straße historische Bedeutung, die ihre äußerliche Unbedeutendheit und Nüchternheit aufhebt und sie dem geschichtlich unterrichteten Betrachter in einem Glanze erscheinen läßt, der den Glanz der in Licht schwimmenden Boulevards der inneren Stadt noch übertrifft.

## Jeg' kumm ich halt!

Von Franz Grundmann.

Der Schillerer des Berges und seines Glasbleicherwollens, Mitbegründer der österreichischen Glasbleicherbewegung, Franz Grundmann, ist in Lannwald in Nordböhmen gestorben. Die Schillerertracht hat den Schillerer Franz geholt. Aus seinen vielen Schnurzen sei hier ein Volksspruch aus seiner Heimat, dem Rehorngebirge, einem Teil des Riesengebirges, wiedergegeben.

Quetscha-Korl on sei Weib, de Quetscha-Kranz, wor'n d'rdommt schlecht ufgeleht. Se hotta nämlich sechs fleene Kinder, on die Kranz hotte ju a Gesiehl, als wie wenn's siebente of 'm Wage

wär. Ny tota se jommern on schimpfa, on ees god's immer 'n andern die Schuld. 's hätte gor ne viel gefahlt, do hätte se löch-tige Händel gebreht. Sie wor'n ober doch ju v'rständig on lieba's ne su weit kumma. 's hätte ju au v'rdommt wing genügt.

„Weste Franzl“, sorte Quetscha-Korl, „mir war'n dos Ding asu macha: Sulange 's Rindla noch ne do is, fon ju weiter lee grüher Schoda possier'n. Wenn's ober wird of d'r Welt sein, dann hiert sich dos Schienethun a bisla uf. Du blei'st dann ei d'r Stube liega on ich trich nuf of a Heeboden. Dann war'n m'r amol jahn, ob au noch jedes Jahr a fleee Kind kumma wird.“

De Franzl wor ein v'rstanda, on wie die Zeit röm wor on zu Korlan, Franzlan, Sefflan, Naglan, 'n Liesla on d'r Mariela noch a fleee Anna gekumma wor, do blieb de Franzl ei d'r Stube bei ihrem Mäusenackte (neft), on d'r Mon truch nuf of a Heeboden.

Jelles ne, da orme Kerl, a tot 'r gehörich leed dan siema Weibe, on dops a ne ganz v'rzweifan sollte, sorte sie über'n:

„Korl“, fort se, „wenn on sollte de Sehnsocht amol gor zu gruf war'n, do pfeif of of mich. Wenn de pfeifa wirft, do war ich halt kumma.“

A erste Obend tot Korl ne pfeifa, on de Franzl blieb gemietlich ei ihrem Obende liega.

'n zweete Obende ober kom's 'r vir, als wenn d'r Mon gepiffa hätt. Sie stund uf, ging bis zu d'r Kommerzüre on rief: „Du Korl, hotte gepiffa?“

Sie friggte keene Antwort. A schlief, also kumt a ne gepiffa hon. Sie ging wieder ei de Stube on truch ei ihr Raakt.

Wie d'r dritte Obend kom, do horcht se, on richtig kom's 'r wieder vir, als wenn's of d'r Kommer pfeifa tät.

Geschwind fuhr se aus 'm Bette raus, ging a poor Stuffa über de Bodentreppe nuff on pröllte ju laut, daß a's hier'n muste: „Kewuhr Korl, jeh' hotte gepiffa?“

„Jah ho ne gepiffa“, brommte Korl, „gi m'r Ruh, lofs mich schloufa.“

Uergerlich ging de Franzl ei de Stube. „Wart of“, dochte se, „morne Obends war' ich genau uspossa.“

Sie polste au richtig uf wie a Haslamacher. 's wor ober kee Ton zu hier'n. Wie 'r dos Horcha zu langweilich wur, do rannt se naus on schrie of a Boden nuff:

„Du Korl, wie is, hotte noch ne gepiffa?“

„Is m'r ne 'm Traume eigefolla“, sorte Korl.

Ku fuhr ober 'n gehörich Wut ei de Franzl nei on sie sorte: „Ob de gepiffa hotte ober ne, jeg' kumm ich halt!“



Tatsächlich hat sich das Ausland durch die Rede Births nicht verblüffen lassen. Es hat die Bekanntgabe seines unzulänglichen Finanzprogramms damit quittiert, daß es für die Papiermarkt nicht mehr 5 1/2 Goldpfennig, sondern nur noch 4 Goldpfennig zahlt. Im Inland aber hat man sich einlassen lassen, und die Steuerumlagen, die dem Reichstag nunmehr zugehen sollen, werden noch viel zahlreicher sein, als sie Birth am 6. Juli verkündet hatte.

Inzwischen verhandelt die Regierung mit Vertretern der Großindustrie und der Großbanken wegen Bereitstellung von Devisen. Die Gegenleistung soll in Steuervergünstigungen für die beteiligten Kreise bestehen. Mag sein, daß dadurch die Reparationszahlungen vorübergehend erleichtert werden können. Aber letzten Endes wird der Fiskus bei diesem Geschäft doch der Leidtragende sein. Und eine Gesundung der Reichsfinanzen kann auf diesem Wege nie und nimmer erzielt werden.

Zu einer solchen Gesundung gehören überhaupt ganz andere Mittel, als sie heute von den bei uns Maßgebenden erwogen werden. Nehmen wir selbst einmal an, Industrie, Handel und Landwirtschaft seien bereit, dem Reich ohne jeden Entgelt die für ein oder zwei Jahre erforderlichen Devisen zu liefern. Nehmen wir weiter an, es gelänge Birth — was tatsächlich ausgeschlossen ist —, auf dem von ihm eingeschlagenen Wege, also, sagen wir, beispielsweise durch eine Verwirklichung der Kohlensteuer, der Umsatzsteuer und ähnliche Mittel, den gesamten heutigen Reichsbedarf zu decken. Was wären die Folgen? Ein Uebel, das jetzt die Wirtschaft lähmt — die dauernde Zunahme der Inflation — wäre fürs erste beseitigt. Aber wenn dann nicht alsbald — und das würde ja wieder das Gleichgewicht des Reichshaushalts umwerfen — eine gewaltige Unterstüßungsaktion eingeleitet würde, würden die 5 oder 10 oder 15 Millionen Menschen, die diese Steuern nicht abzumäßen vermöchten, rettungslos zugrunde gehen, würden die Hunderttausende von Betrieben, die heute von diesen Unglücklichen leben, vernichtet werden. Unsere Wirtschaft würde zusammenbrechen und mit ihr der mühsam geheilte Reichshaushalt.

Eine Gesundung der Reichsfinanzen auf dem der Sozialreformkommission von mir vorgeschlagenen Wege einer großen einmaligen Vermögensabgabe könnte aber von Dauer sein. Denn sie würde unsere heute bei aller Scheinblüte so kranke Wirtschaft nicht schwächen, sondern kräftigen. Sie würde den sozialen Frieden fördern; sie würde die Unrechtfertigkeit, die unsere innere und äußere Politik, die unser gewerbliches und kaufmännisches Leben verzerrt, entwurzeln; sie würde dem Glauben an unsere wirtschaftliche und kulturelle Zukunft, den wir so dringend brauchen, der aber heute nur auf dem Sumpfboden der Unkenntnis oder der Leichtfertigkeit gedeihen kann, eine tragfähige Grundlage geben.

### Der Generalstreik in Nordfrankreich.

Am 12. September ist in Nordfrankreich in den Bezirken von Lille, Roubaix und Tourcoing, im Zentrum der nordfranzösischen Textilindustrie, der Generalstreik angekündigt worden. Der Streik von 60 000 Arbeitern der Textilindustrie, an die sich auch die in dieser Industrie beschäftigten Metall- und Transportarbeiter angeschlossen haben, war bereits seit Mitte August im Gange, und jetzt ist er zu einem allgemeinen Streik erweitert worden.

In der französischen Textilindustrie waren die Löhne nach einer gleitenden Lohnskala geregelt. Eine Kommission, in welcher die Arbeiter in starker Minderheit waren, hat noch im Jahre 1920 die Kosten der Lebenshaltung, wonach die Löhne sich richten sollten, berechnet. Gegen die Feststellungen dieser Kommission führte die Arbeiterschaft seitdem einen erfolglosen Kampf. Als Grundlage für die Lohnbestimmung galt weiter die Ziffer 3,66, welche der derzeitigen Kaufkraft eines Vorkriegsfranken entsprechen sollte. Im Juni dieses Jahres wurde diese Ziffer infolge der Verbilligung der Bedarfsartikel auf 3,33 herabgesetzt, was eine bedeutende Lohnherabsetzung mit sich brachte und seitdem wurden die Löhne noch zweimal um 15 Centimes pro Stunde heruntergesetzt, auch sind inzwischen die Teuerungszuschläge um zwei Drittel herabgesetzt worden.

Der Rückgang der Lebensmittelpreise ist aber seitdem zum Stillstand gekommen, ja haben sich diese sogar wieder erhöht; trotzdem wollten die Unternehmer unter Ausnutzung der gleitenden Lohnskala statt Lohnherabsetzung neue Lohnreduktionen vornehmen. Eine schwerwiegende ökonomische Frage ist aufgerollt worden, deren Bedeutung über die aktuelle Lohnfrage hinausgeht. Die nordfranzösischen Textilbetriebe leiden schwer unter der Wirtschaftskrise. Die Unternehmer haben in der Hochkonjunkturperiode riesige Gewinne erzielt, nunmehr haben sie ungeheure unverkaufte Lagerbestände und lassen nur 3-4 Tage in der Woche arbeiten. Eine weitere Lohnherabsetzung in diesem Teile Frankreichs, wo die Teuerung größer ist als anderswo im Lande, würde verhängnisvoll für die Arbeiterschaft sein. Es sind in diesen Bezirken stark konzentrierte Riesenbetriebe mit sehr gut geschulter Arbeiterschaft. Die Unternehmer wollen die Gesteuerungskosten unbedingt herabsetzen, da sie nach ihrer Behauptung die Konkurrenz der elässischen Textilindustrie sonst nicht aushalten können. In Elsass-Lothringen arbeiten nämlich die Betriebe nach "Information Sociale" mit einer zumeist ungelerten Arbeiterschaft, aus Flüchtlingen usw. zusammengesetzt, deren Löhne infolge der geringen Widerstandsfähigkeit dieser Schicht wiederholt herabgesetzt werden konnten; auch sind die Kosten der Lebenshaltung dort niedriger wie in Nordfrankreich.

Um die Gesteuerungskosten herunterzubringen, hätte es aber anderer Maßnahmen bedurft, als die Herabsetzung der Arbeitslöhne, von denen aber, wie auch die "Frankfurter Zeitung" betont, die französische Industrie in ihrem kurzfristigen Unternehmertum nichts wissen will.

Nach dem Gewerkschaftskongreß von Lille hatte es den Anschein, als ob die politisch zerplüßte Arbeiterschaft sich zu einer großzügigen Aktion nicht mehr aufraffen kann. Dieser Glaube verstärkte die Provokationslust der Unternehmer, denen aber eine große Enttäuschung widerfahren ist. Die Arbeiterschaft befandete unter der Führung des Gewerkschaftsbundes eine unerwartet starke Solidarität. Metallarbeiter, das Personal der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Straßenbahn usw. haben sich dem Streik angeschlossen. Die Unternehmer denunzierten den Streik bei der Regierung — welche nichts zur Beilegung des Arbeiterkonflikts unternahm — als eine revolutionäre Unternehmung, obwohl er einen durchweg ruhigen Charakter hat. Die christlichen Verbände nahmen gleichfalls an dem Streik teil. Die Unternehmer haben schroff verweigert, sich in Verhandlungen einzulassen. Man erwartet die Einmischung der reaktionären Staatsgewalt und die Verwendung von Militär zur Unterdrückung des Streiks. Ein in bewegten Worten gehaltenen Appell des Streikkomitees fordert die Eisenbahner auf, daß sie in diesem zu erwartenden Fall die Beförderung der Soldaten verweigern.

Die Unternehmer anderer Industriezweige sehen dem Ausgang des Kampfes gespannt entgegen. Sollte er fehlschlagen, so kommen neue Lohnreduktionen auch für die anderen Betriebe. Dies haben die Kohlenbergwerksbesitzer und die Transportunternehmer bereits angekündigt. Der Generalstreik in Nordfrankreich kann einen Anlaß für die Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterfront geben; man darf daher auch aus diesem Gesichtspunkt gespannt auf seinen Ausgang warten.

Es wird hierzu der "Frankf. Zeitung" weiter berichtet: Paris, 18. September. (Priv.-Tel.) Die Textilunternehmer haben die Einladung Briands zu einer neuen Aussprache für morgen nachmittags angenommen. Man schöpft daraus die Hoffnung, daß sie sich entschlossen haben, ihre bisherige unnachgiebige Haltung einer Revision zu unterziehen und durch Konzessionen die Beilegung des Streikes zu ermöglichen. Mehrere Blätter melden, daß sie als Kompensation für die Herabsetzung der Stundenlöhne eine Erhöhung der Akkordlöhne vorschlagen würden. In Roubaix und Tourcoing ist auch der heutige Tag vollkommen ruhig ver-

laufen; in Lille, wo bisher nur die Textilarbeiter gestreikt haben, haben gestern abend sämtliche Arbeiterorganisationen eine Entschlieung angenommen, die sich im Prinzip für die Verhängung des Generalstreiks ausspricht.

### Der Textilarbeiterstreik im Vogesengebiet.

Der Streik der Textilarbeiter im Vogesengebiet dehnt sich auf 25 bis 30 Fabrikzentren aus. In Epinal und in anderen Städten fanden revolutionäre Umzüge und Versammlungen statt. Die Zahl der Streikenden beträgt nach Schätzung der "Humanität" beinahe 25 000.

Die beiden gelben Gewerkschaften, die übrigens kaum je 50 bis 60 Mitglieder zählen, sind gegen den Streik. Als effektive Streikbrecher leisten sie nicht viel, doch gebrauchen die Unternehmer die Gelben zur Verteilung von Zeitungen und Flug-schriften, die zur Irreführung der Arbeiter bestimmt sind.

### Wohlfahrtstagung des Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt.

Am 15. September fand im Görlitzer "Livoli" die erste öffentliche Tagung des Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt statt. Das Interesse für die Tagung war ein äußerst reges. Es hatten sich mehr als 200 Delegierte, in der Mehrzahl weibliche, eingefunden. Vertreten war das Reichsarbeitsministerium durch Ministerialrat Dr. Kahrstädt, das Reichswirtschaftsministerium durch Frau Wilhelmine Kästler. Die Stadt Görlitz hatte als Vertreter des Magistrats den Medizinalrat Dr. Herford und als Vertreter des städtischen Wohlfahrtsamtes den Stadtrat Lorge entsandt.

Der Hauptauschuß, organisatorisch zur S. P. D. gehörend, bezweckt durch seine örtlichen Ausschüsse Mitwirkung bei der öffentlichen Wohlfahrtspflege, und legt das Hauptgewicht auf die unmittelbare Tätigkeit im öffentlichen Dienst.

In ihrem großangelegten Referat "Aufgaben und Ziele der modernen Wohlfahrtspflege", zeigte Frau Helene Simon-Schwelen, wie die moderne Wohlfahrtspflege in der allmählichen Erhebung der Pflege der Armen durch die Verhütung der Klassenarmut unter Ausschaltung armenrechtlicher, strafrechtlicher und polizeilicher Gesichtspunkte wurzeln. Sie erstrebe die zur allgemeinen Gesundheit und Leistungsfähigkeit aller Volksgenossen erforderliche Lebenshaltung.

Bürgermeister Dr. Capari (Brandenburg) behandelte die gesellschaftlichen Grundlagen und den organisatorischen Aufbau der Wohlfahrtspflege.

Die Görlitzer Tagung des Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt hat bewiesen, daß die Arbeiterschaft die Fragen der sozialen Fürsorge in ihren Aufgabenkreis einzubeziehen für ihre Pflicht hält und daß sie auch die für die Lösung dieser Aufgaben notwendigen Kräfte besitzt.

Martha Hoppe.

### Unterstützung der streikenden Textilarbeiter in Frankreich.

Durch die Presse geht eine Notiz, daß die deutsche Delegation des internationalen Textilarbeiterkongresses für die streikenden Textilarbeiter in Frankreich 200 000 Fr. bewilligt habe. Diese Notiz ist unrichtig in diesem Sinne. Richtig ist, daß der internationale Textilarbeiterkongreß aus Mitteln des internationalen Streikfonds 200 000 Fr. bewilligt hat. Der Antrag, diese Summe zu bewilligen, ist von einem deutschen Delegierten begründet worden.

Die "Münchener Zeitung" knüpft an die unrichtige Notiz die Bemerkung: "Diese Geldsumme wird Deutschland noch teuer zu stehen kommen, da das offizielle kapitalistische Frankreich darnach trachtet wird, Deutschland derart zur Ader zu lassen, daß es in Zukunft zur Unterstützung französischer Streiks keinen Frank und keine Mark mehr aufbringen kann."

Diese "Einsicht" der "Münchener Zeitung" wäre schon vor etlichen Jahren am Platze gewesen, zu einer Zeit, als Ludendorff und Hindenburg im strategischen Interesse große Gebiete Frankreichs und Belgiens dem Erdboden gleich machten, oder auch schon vor dem 4. August 1914. Es wäre uns dann jedenfalls sehr viel Unheil erspart geblieben. Der Jammer der "Münchener Zeitung" kommt eben reichlich spät.

### Aus der Textilindustrie.

#### Wochenbericht der Bremer Baumwollbörse.

Bremen, 17. September. Festige Schwankungen in den amerikanischen Baumwollterminmärkten sowie der Devisen erschwerten das Geschäft und hielten es in engeren Grenzen. Die Basis in Amerika blieb sehr fest, und der Süden hielt auf feste Preise.

Notierungen vom 16. September 1921:  
Amerikanische Baumwolle. Preise in bar ohne Abzug.  
(Markt für 1 Kilogramm)

Middl. fair	Full good middl.	Good middl.	Full middl.	Middl. Ing.	Full low middl.	Low middl.	Full good ordinary	Good or binary	De-binary
54,80	53,50	52,70	51,90	50,70	48,90	47,30	46,—	45,—	43,20

Notierungen der letzten Woche:  
American fully middling, good . . . . . 10./9. 12./9. 13./9. 14./9. 15./9. 16./9  
color and staple, loco 1 Uhr mittags . . . . . 49,50 54,20 51,20 54,40 55,25 53,20  
6 Uhr nachmittags . . . . . 56,— 51,80 54,80 54,10 51,90

Die Geschäftslage der Textilindustrie ist nach vorliegenden Meldungen noch gut. Im Reichsbacher Bezirk in Schlesien fehlt es an qualifizierten Arbeitskräften. Besonders werden hier Weber für breite Stühle und Schlichter gesucht. In Berlin fehlen Färber sowie Arbeitskräfte für Striderei, Kurbelstiderei und Stepperei. Die Provinz Brandenburg hat noch sehr flotten Geschäftsgang. Mangel an geübten Arbeitskräften verhindern, daß nicht viele andere Betriebe doppeltsofort arbeiten. Das Landesarbeitsamt berichtet, daß nicht genügend Weberinnen und Striderinnen zu beschaffen wären. Mangel an Facharbeitern verzeichnet das Landesarbeitsamt Hannover, Schleswig-Holstein war in der letzten Woche nur noch in beschränktem Maße aufnahmefähig für Arbeiter. Im M.-Glabacher Bezirk sind die Baumwollspinnereien so reichlich mit Aufträgen versehen, daß ihre volle Beschäftigung bis zum Frühjahr gesichert ist. Ebenso ist die Beschäftigung der Samt- und Samtbandsfabriken wie auch in der Seidenindustrie noch gut. Bamberg berichtet: Die Textilindustrie zeigt Hochkonjunktur und stellt ständig Leute ein. Linksrheinisch hält die berichtete Besserung der Lage noch an, doch war die Neuaufnahme von Arbeitskräften nur mäßig; Sachsen ist noch befriedigt beschäftigt. Besonders guten Geschäftsgang weisen die Chemnitzer Strumpf- und Trikotagenfabriken sowie Webereien auf. Auch die Limbacher Handschuh- und Trikotagenfabriken sowie Färbereien und Appreturanstalten sind stark beschäftigt. Die Glauchauer Textilindustrie arbeitet nach wie vor in Doppelschichten, ebenso die Handschuhstriderei und -näherei in Oberlungwitz. Die Strumpfwirkerie im Callenberger Bezirk stehen im Hochbetrieb. In der Leipziger Textilindustrie fehlen immer noch Spezialarbeitern; für männliche Personen ist die Lage weniger günstig. Der gute Geschäftsgang der Pläuerer Stiderei- und Spitzenfabrikation sowie der Webereien und Ausstattungsanstalten hielt weiter an. Mangel besteht immer noch an geübten Singerstiderrinnen, Adlerstiderrinnen, Maschinenausbesserinnen, Steppe-

rinnen und Aufpasserinnen. Württemberg ist mit Ausnahme der Baumwollfabriken gut beschäftigt; Baden ist gut beschäftigt. Säckingen benötigt 70 Seidenstoffe- und Bandweberinnen sowie Zettlerinnen, Andreherinnen, Winderinnen und Einzigerinnen. Weibliche Personen finden in Fabrikheim Unterkunft und Verpflegung. Für vier Webereifamilien sind Werkwohnungen vorhanden. In Thüringen hat die Textilindustrie fortgesetzt Bedarf an Facharbeitern. Das Landesarbeitsamt in Hamburg sieht die Verhältnisse noch günstig an. Bremen berichtet, daß die Mehrereinstellungen vorläufig beendet sind.

### Soziale Rundschau.

Vom Arbeitsmarkt. Die Zahl der Erwerbslosen, die am 1. März 1921 ihren Höchststand mit 426 892 (346 728 männliche und 80 164 weibliche) erreicht hatte, ist bis zum 1. August auf 289 424 (206 317 männliche und 83 107 weibliche) zurückgegangen. Die Gesamtlage des Arbeitsmarktes hat eine wesentliche Besserung erfahren. Ob dieselbe von Dauer ist oder lediglich auf die vermehrte Ausfuhr infolge der schlechten Welta zurückzuführen ist, kann allerdings noch nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. Das Baugewerbe und fast die ganze Industrie ist ausreichend beschäftigt. Sehr starken Bedarf an Arbeitskräften hat der deutsche Bergbau, in welchem allerdings die Einstellung eine Frage der Wohnungsbeschaffung ist. Die lebhaftere Bautätigkeit (städtische Bauten, Siedelungsbauten, Fabrikweiterungen usw.) hatten eine ermehrte Beschäftigung der Steine- und Erdenindustrie zur Folge, ebenso verzeichnen die Ziegeleien und Zementfabriken eine steigende Konjunktur. Eine gute Konjunktur weisen auch Textilindustrie und Konfektion auf, in der ersten muß mit Weberstunden und Doppelschichten gearbeitet werden, weil der Handel nur kurzfristige Verträge mit der Industrie eingeht.

### Aus Unternehmerkreisen.

#### Zur Aufhebung der Hausscklausel in der Webereindustrie.

Die vereinigten Verbände sächsisch-thüringischer Webereien und Laufsticker und schlesischer Webereien hatten, wie gemeldet, angesichts des starken Steigens der Rohstoffpreise und der sonstigen Produktionskosten vor kurzem die Einführung der Hausscklausel beschlossen, indem sie ihren Verbandsmitgliedern die Verpflichtung auferlegten, vom 15. August ab nur noch mit dem Vorbehalt zu verkaufen, daß eine etwa eintretende Erhöhung der Gesteuerungskosten durch eine nachträgliche Steigerung des Preises bis um 10 Prozent ausgeglichen werden könnte. Hiergegen hatten die Abnehmerverbände des Kleiderstoffgroßhandels, der Konfektion und des Einzelhandels scharfen Einspruch erhoben. Nunmehr haben sich die Webereiverbände nach Verhandlungen mit den Abnehmerorganisationen bereiterklärt, vom 20. September ab die Hausscklausel aufzuheben.

### Aus den Gewerkschaften.

#### Das Ergebnis der Arbeitskammerwahlen im Ruhrbergbau.

liegt jetzt vor. Es haben erhalten die freien Gewerkschaften mit 100 924 Stimmen 12 Vertreter und 11 Stellvertreter, der Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter mit 49 482 Stimmen 6 Vertreter und 5 Stellvertreter, die Polnische Berufsvereinigung mit 20 438 Stimmen 2 Vertreter und 2 Stellvertreter, der christliche Metallarbeiter-Verband mit 7105 Stimmen 1 Stellvertreter, der Hirsch-Dunckerische Gewerksverein mit 5521 Stimmen ebenfalls 1 Stellvertreter. Drei Listen waren ungültig, weil sie nicht die vorgeschriebene Zahl von Unterschriften aufwiesen. Infolgedessen schieben bei der Zählung 40 196 Stimmen aus. Von den ungültigen Stimmen entfielen rund 36 000 auf die Unionisten, rund 3000 auf die Syndikalistten, die also in der Arbeitskammer überhaupt nicht vertreten sein werden.

### Berichte aus Fachkreisen.

Breslau. Infolge Lohnunterschieden haben sämtliche Selteneren Breslaus bei den Firmen Raschke u. Döring, Karl Rudolph, Julius Friedmann, Rudolf Mirus und Alexander Gottwald die Arbeit eingestellt. Zugung der Seilergesellen ist strengstens fernzuhalten. Die Streikleitung.

### Berichtigung.

In unserer Buchbesprechung in Nr. 38 des "Textilarbeiter" schieben wir, daß beide Bücher zusammen M. 8,40 kosten. Es ist dies nicht richtig. Es muß heißen je Band M. 8,40. Hinzuzufügen möchten wir noch, daß bei Sammelbestellung von 100 Bänden pro Stück der Preis sich auf M. 4,70 ermäßigt.

## Bekanntmachungen.

**Vorstand.**  
Sonntag, den 2. Oktober, ist der 39. Wochenbeitrag fällig.

**Adressenänderungen.**  
Gau Hannover. Hemelingen. K. Johann Malg, Ludwigstraße 53. Soest ist eingegangen.  
Gau Cassel. Biedentopf. K. Fr. Anna Schmidt, Marktplat 12.  
Gau Augsburg. Freising. K. Leo Bleibinhaus, Kindermarkt 496.  
Gau Gera. Langenberg. K. M. Rodtäschel, Leipziger Straße 69.  
Gau Dresden. Delsnik. Das Bureau befindet sich Alie Bahnhofstraße 4.

**Zusammenkünfte**  
**Mitglieder-Versammlungen.**  
Neuhadt (Orla). Freitag, 7. Oktober, abends 8 Uhr, im Waldschlößchen.  
Kohwein. Donnerstag, 6. Okt., abends 7 1/2 Uhr, in Wagners Restaurant, Schützenstraße.  
Kiel. Sonnabend, 8. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

**Abhanden gekommene Mitgliedsbücher und -karten.**  
Bleicherode. Das Buch Nr. 1188 867, auf den Namen Curt Ratsfeld lautend, ist verloren worden. Ratsfeld ist am 20. 4. 1920 in Bleicherode eingetreten.

**Totenliste.**  
Augsburg u. Umgeb. Mager, Andreas, Nachtwächter, 57 Jahre, Lungenerleiden.  
Bleicherode. Friedrich Wolff, Weber, Lebertrebs.  
Dresden. Gustav Dehne, 65 Jahre, Darmverengung.  
Gehardsdorf. Gustav Paul, Weber, 57 Jahre, Herzschlag.  
Jahnsdorf i. C. Alma Frieda Sonntag, verehel. Wegel, 20 Jahre, Operation.  
Kirschau. Martha Elisabeth Schöne, 27 Jahre, Blutvergiftung.  
Lauban. Auguste Weit, 40 Jahre, Gebärmuttertrebs.  
Messersdorf. Adolf Klotz, Heizer, 67 Jahre, Herzschwäche.  
Neumünster. Marie Winne, Thalheim. Otto Helbig, Wirtler, 58 Jahre, magenkrank.  
Gustav Brunner, Brinlos, Wirtler, 51 Jahre, Magen-trebs.  
Zwickau. Albin Heft, Wirtler, 46 Jahre, aus Thurm. Frieda Faustel, Weiblerin, 21 Jahre, Eisa. Marie Schubert, Weberin, 34 Jahre, Mücken-St. Niclas. Gustav Weher, 37 Jahre, Magenkrankheit.

**Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, 1. Oktober**



Systems wird es dem Arbeitgeber stets darauf ankommen, die Leistung in der Bezahlung zum Ausdruck zu bringen. Ein Beweis hierfür ist das Streben der Arbeiterschaft der gesamten Industrie nach Abschaffung des Zeitlohnes und Einführung des Akkordsystems. Er will durch die Möglichkeit einer höheren Entlohnung die Leistungen des Arbeitnehmers anspornen. Es müssen also ganz bedeutende Gründe sein, die die Arbeiterschaft bewegen, mit diesem System zu brechen, und diese bedeutsamen Gründe liegen eben darin, daß der von den Arbeitgebern heute bezahlte Lohn für die Leistung nicht ausreicht, um eine Familie zu ernähren und lediglich die gewinnbringende Absicht, unter Niedrighaltung des Lohnkontos einen Ausgleich für die Verheirateten zu schaffen, die ausschlaggebende Rolle spielt. Man kann dem verheirateten Arbeitnehmer die primitivsten Bedürfnisse für die Ernährung seiner Familie nicht wehren und versucht, dem Verheirateten dadurch zu helfen, indem man ihm Teile von Leistungen der ledigen Arbeitnehmer ausbezahlt. Dadurch wird auch ein Zweites erreicht, nämlich die Schaffung einer Kluft zwischen ledigen und Verheirateten, Kinderarmen und Kinderreichen, welche in jedem Lohnkampf auch von den Arbeitgebern reichlich ausgenutzt wird.

Es ist deshalb dringend davor zu warnen, dieses Spiel fortzusetzen. Die Arbeitnehmererschaft hätte die Folgen hiervon allzubald und allzudeutlich am eigenen Leibe zu spüren; ganz abgesehen davon, daß dieses System geeignet ist, die allgemeine Lebenshaltung der Arbeiterschaft ganz bedeutend herabzudrücken und dadurch ihre Abhängigkeit vom Kapital zu verstärken. Tarife müssen und können nichts anderes als Leistungstarife sein. Sache des Staates ist es, für ausreichende Ernährung und Unterhaltung der Kinder, welche die Grundlage der Zukunft des Staates bilden, zu sorgen. Dies könnte sehr gut dadurch geschehen, daß von Staats wegen an alle verheirateten und mit Kindern gesegneten Familien bestimmte besondere Zulagen ausbezahlt werden, ganz gleichgültig, ob die Betroffenen arbeitslos sind oder in Beschäftigung stehen. Die zur Auszahlung vom Staat benötigte Summe wäre durch diesen auf die Kopfzahl der beschäftigten Arbeitnehmer von der Arbeiterschaft in Form von Umlagen zu erheben. Gegen eine solche Regelung, welche die Gefahren, die in Vorliegendem geschildert sind, ausschließen, und einen Fortschritt der Sozialpolitik darstellen, wird sich die Unternehmerschaft jedoch mit allen Mitteln zur Wehr setzen, weil sie ihr die Möglichkeit, die Bezahlung der Leistungen zu ihren Gunsten zu differenzieren, zum größten Teil nehmen würde.

### Die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt a. M.

Die Kraft der Arbeiterbewegung ist nicht zum wenigsten ihr Trotz gegen eine Welt, in der für sie kein Tisch gedeckt, kein Lebensraum freigemacht war. Aus dem Trotz gegen diese Welt entspringt der Wille, sich eine eigene Ordnung des Lebens zu erkämpfen. Dieser Trotz hat auch eine eigene Arbeiterbildung unter großen Opfern ins Leben gerufen, wie er auf jedem anderen Lebensgebiet die eigenen Kräfte opferwillig eingesetzt hat. „Aus eigener Kraft“ ist ein Motto des kämpfenden Arbeiters, schon deshalb, weil er zu oft von fremden Kräften enttäuscht worden ist. Und dies Vertrauen auf die eigene Kraft hat dem Proletariat in einem Augenblicke, wo sonst niemand mehr in Deutschland auf seine Kraft vertraute, den Weg freigemacht in alle alten Ordnungen, gegen die er bis dahin trübsalig angeknurrt war. Bei Kriegsende war nur im Proletariat noch Selbstvertrauen und Kraft vorhanden. Die anderen Volksteile waren ausgelagert. Das Wesen der deutschen Revolution war deshalb nicht ein Ringen oder Kämpfen, sondern ein Allein-Überleben, Allein-Vorhandensein der proletarischen Kräfte.

Heute, nach drei Jahren, befindet sich in Frankfurt a. M. in den Räumen der Universität und in enger Verbindung mit ihr eine Akademie der Arbeit. Was ist diese Akademie? Ist sie ein vorgeschobener Posten der Universität in die Arbeiterschaft hinein, gehört sie zur Universitätsausdehnungsbewegung, zum Volkshochschulwesen, ist da also die alte staatliche und bürgerliche Welt mit Erfolg tätig geworden, um die Arbeiterschaft mit ihrem Geiste zu erfüllen?

Das ist schon aus der Geschichte der Revolution heraus unwahrscheinlich. Wir haben ja: kraftlos waren die alten Gewalten, kraftlos und ohnmächtig geworden. Kraft zur Eroberung war nur in der Arbeiterschaft. Woher also sollte plötzlich der Universität hier die Kraft zugeflossen sein, sich auf die Arbeiterschaft zu erstrecken?

Unwahrscheinlich ist es ferner, wenn wir auf den Lehrkörper der Akademie blicken. Keiner der vier hauptamtlichen Dozenten (Michel, Schlüssler, Sturmfels, als Leiter Rosenstock) kommt aus der Volkshochschulbewegung. Ebenso wenig reizte es sie nach dem Kriege noch, auf den Zukunftsweg der Universität ihre Laufbahn einzurichten, trotzdem sie natürlich alle studierte Leute sind und mit der Wissenschaft und gelehrten Forschung sich verbunden fühlen. Hierin find alle vom gleichen Schicksal, obwohl sie im übrigen nach ihrem weltanschaulichen und politischen Standpunkt in größtem Abstand voneinander stehen. Sie spiegeln alle Richtungen wieder, die in der Arbeiterschaft vertreten sind. Außerdem ergänzen sie sich dadurch, daß der eine früher als Lehrer an der Universität, der andere an der Volkshochschule, der dritte in der Arbeiterbildung, der vierte im höheren Schulwesen gewirkt haben.

Unmöglich aber wird schließlich die Vermutung von einer Universitätsausdehnung, wenn wir uns die Hörer ansehen. Das sind ja nicht Arbeiter, einzelne Arbeiter, die von irgendwelchen Kursen angelockt werden, sondern es sind die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft, derselben Arbeiterschaft, die in den letzten Jahren die politischen Nerven behaftet hat. Die großen Verbände der Arbeiter, Angestellten und — in sehr bescheidenem Maße — der Beamten entsenden auf ihre Kosten seit dem Mai dieses Jahres ihre bestmöglichen Mitglieder und Funktionäre zur Ausbildung auf neun Monate nach dieser Akademie.

Damit ist der Schlüssel zur Bedeutung der Akademie gegeben: Sie ist eine Bastion, die von der Arbeiterschaft in die alte Bildungswelt hinein errichtet worden ist, sie ist eine „eigene Kraft“ genommene Stellung. Aber damit kennen wir das Wesen der Akademie erst zur Hälfte. Weshalb heißt sie nicht Arbeiterakademie, weshalb ist es keine „proletarische Universität“ geworden? Weshalb Akademie der Arbeit in der Universität? Weil die Arbeiterschaft in Deutschland die alte Welt nicht nur und klein geschlagen hat, sondern sie von innen heraus zu überwinden sucht, nachdem die alte Welt im November 1918 ohnmächtig geworden ist. Eine Universität des Proletariats hätte auf Trümmern mühsam ganz von vorne aufgebaut werden müssen — bei anderer Volkserkennung auf ein Jahrhundert ein unmöglicher Traum. Die Akademie trägt den Gedanken der Arbeit in die Universitätswelt hinein und durchdringt mit ihm die alten Gebiete des Wissens. Die Arbeiterschaft gibt damit ihr Bestes, eben den Gedanken der Arbeit, in das Ganze des Volkstums hinein, damit er den alten Teufel durchläutert. Deshalb also nicht Arbeiterakademie, sondern Akademie der Arbeit. Wie schwer rinkt sich auch nur die Beamtenschaft auf der Erkenntnis durch, daß wir in der Arbeit alle Kameraden sind. Deshalb bedeutet dieser Name ein geistiges Missionsprogramm.

Was nun wollen die Besucher der Akademie? Was wollen die Verbände? Was will der preussische Staat und das Reich und die Universität, welche die Lehrer und Lehrmittel begahen? Was wollen die Lehrkräfte, die sich in großer Zahl von nah und fern zur Verfügung stellen? Wir sehen neben Prof. Einzelheimer-Frankfurt, Prof. Lederer-Heidelberg, neben Dr. Theodor Brauer-Köln Staatsminister Drexler-Berlin, neben Engelbert Graf-Stuttgart Prof. Willsch-Schlesien, neben Prof. Pape-Frankfurt Prof. Seidbrodt-Darmstadt.

Auf einer Baustation — und wir erkennen, daß die Akademie eine Baustation ist — gewinnt man Ueberblick, Umsicht, Tiefblicke in Tal-

gründe und Gebirgsfalten, deren Zusammenhänge dem, der unten steht, verborgen bleiben. In neun Monaten, von denen ein Monat der notwendigen inneren Sammlung einer Ferienpause und Wiederauffüllung des inneren Menschen gehört, muß versucht werden, in die Fülle der sozialen Erscheinungen, vor denen ein Arbeitervertreter und Gewerkschaftsführer heute steht, aber auch in die Masse von früher mühevoll zusammengerafften Kenntnissen eine Ordnung zu bringen.

Dazu helfen Vorlesungen, die nacheinander Gesamtbilder des Rechtes, der Wirtschaft, der Politik, der Wirtschaftsgeographie, der Arbeitswissenschaft der Soziallehren, der volkswirtschaftlichen Theorien und schließlich der Geschichte entrollen sollen. Es helfen dazu zweitens, Seminare, in denen die Bewältigung einer einzelnen Frage, einer einzelnen Schrift geübt wird.

Das ist die eine Hälfte der Unterrichtsmittel. Die andere Hälfte besteht einmal aus der eigenen Aussprache des Mitarbeiters zu dem Gehörten. Sie geschieht in den Gruppen, der von den 72 Mitarbeitern der Akademie je ein Drittel angehört. Einer der Hauptdozenten steuert diese Gruppe durch das Studienjahr. Hier macht sich geltend, daß die Akademie von erwachsenen, erfahrenen, gereiften Männern besucht wird.

Die Gruppenarbeit tritt der Vorlesung gegenüber. Auch die Seminararbeit hat ein Gegenstück: das ist die Volontariatstätigkeit, die je einem oder zwei Hörern in der Staatsverwaltung und bei der Stadt eröffnet worden ist. Hierin zeigt sich vielleicht am deutlichsten der Wechsel der Zeit. Was dem jungen Juristen oft schmerzhaft verschlossen blieb: die Geheimnisse des Regierungspräsidiums, eines Landratsamtes, die Stadtkasse der Großstadt und dergl., darenin wird der einzelne Hörer hier von den Chefs der Verwaltung selbst eingeführt. Jeder wird dann über diese seine Erfahrungen im letzten Monat den übrigen Hörern zu berichten haben.

Selbstverständlich hat sich das Bild von der Akademie, wie wir es hier zeichnen können, unter Kämpfen und Wehen, Mühen und Sorgen aller Art und durch das Zusammenwirken vieler Kräfte geformt. Und wir bilden uns nicht ein, im ersten Jahre in jeder Beziehung das Richtige getroffen zu haben. Nicht jeder Lehrer hat eingeschlagen, nicht jede Stoffverteilung gelang angeht der vorhandenen Lehrkräfte nach Wunsch, der Altersunterschied von 31 Jahren zwischen dem ältesten und dem jüngsten Mitarbeiter der Akademie ist reichlich weit gespannt.

Aber soll uns das entmutigen, nachdem es gelungen ist, alle 72 Hörer dauernd zu fesseln, alle Zweifeltigkeiten zwischen verächtlichen Weltanschauungen und den verschiedenen Berufsschichten zu bannen im Gefühle der Verantwortung für die Größe der gestellten Aufgabe, aber auch im Gefühle der Freude, hier für die Arbeiterschaft bessere geistige Waffen im Kampf um ihren Aufstieg zu schmieden?

Die Fülle der Arbeit hat einen allgemeinen Wunsch bisher noch zurücktreiben lassen: durch eine Druckreihe wertvoller Veröffentlichungen die weitere Arbeiterschaft teilnehmen zu lassen an dem Eindringen in die Geheime des Volks- und Gesellschaftslebens, an dem Einblick in das Warten und Werden des einzelnen Menschen im Strom des Lebens, die zu erlangen auf der Akademie das Bemühen ist.

Wes ist die Akademie der Arbeit bestehen, hält die deutsche Arbeiterschaft die einmal errungene Stellung im Hochschulleben fest, so werden auch diese Früchte für die weiteren Kreise des wertvollen Volkes reifen können. Die Akademie würde ihnen ja damit nur zu verzeihen suchen, daß sie durch ihre Solidarität und ihre Opferbereitschaft diese Bekrönung der Arbeiterbildungsbemühungen ermöglicht haben.

Dr. jur. Eugen Rosenstock, Frankfurt a. M.

### Das Existenzminimum im September 1921.

Von Dr. R. Kuczynski.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin im September 1921 infolge der Preissteigerung für viele Nahrungsmittel höher als in jedem einzelnen Monat seit Juni 1920. Teurer als im September 1920 waren vor allem Brot, Nahrungsmittel, Kartoffeln, Gemüse, Zucker, Milch. Im Vergleich mit der Vorkriegszeit waren die Preise nach wie vor ungeheuer hoch. Brot kostete 15mal soviel wie vor acht Jahren, Bricketts 16mal soviel, Margarine und Milch 17mal soviel, Zucker 19mal soviel, Reis 21mal soviel, Kartoffeln 26mal soviel. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von September 1913 bis September 1921 im ganzen eine Verteuerung auf das Sechzehnfache. In den fünf Wochen vom 29. August bis zum 2. Oktober wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Sept. 1921	Preis Sept. 1913
9500 Gramm Brot	3475	238
800 „ Weizenmehl	590	34
1850 „ Zucker	1625	87
Zusammen	5680	359

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 56,80 Mark zahlen muß, konnte man vor acht Jahren für 3,59 Mark kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun im Wochendurchschnitt etwa 6600 Kalorien. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 16 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11 200—6600=4600 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6—10 Jahren auf 24 Mark, für eine Frau auf 48 Mark, für einen Mann auf 65 Mark. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im September 1913 für ein Kind 1,40 Mark, für eine Frau 2,95 Mark, für einen Mann 3,85 Mark. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor acht Jahren billiger, weil z. B. billiges frisches Fleisch damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichtserstattung für die Vormonate werden hier für die Vorkriegszeit angelegt: Kind 1,75 Mark, Frau 2,80 Mark, Mann 3,50 Mark)

	Preis Sept. 1921	Preis Sept. 1913
Rationierte Nahrungsmittel	1136	72
250 Gramm Graupen	196	10
3000 „ Kartoffeln	384	15
125 „ Margarine	342	20
1 Liter Milch	380	23
Zusammen für ein 6—10jähr. Kind	2488	140
500 Gramm Brot	250	13
125 „ Haferflocken	109	6
250 „ Speisebohnen	184	10
1000 „ Kartoffeln	128	5
1250 „ Gemüse	275	20
250 „ Biskuitsfleisch	550	56
125 „ Speck	550	25
125 „ Margarine	342	20
Zusammen für eine Frau	4826	295
500 Gramm Reis	460	22
250 „ Erbsen	195	10
125 „ Speck	550	25
250 „ Margarine	342	20
125 „ Salzheringe	342	18
Zusammen für einen Mann	6498	385

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Bricketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 10 Mark (1913/14: 5,50 Mark), für Heizung 18,35 Mark (1,15 Mark), für Beleuchtung 8,10 Mark (0,75 Mark).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzulegen: Mann 30 Mark (2,50 Mark), Frau 20 Mark (1,65 Mark), Kind 10 Mark (0,85 Mark).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Jahrgeld, Steuern ufm.) wird man einen Zuschlag von 30 Prozent (1913/14: 25 Prozent) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	65	113	162
Wohnung	10	10	10
Heizung, Beleuchtung	26	26	26
Bekleidung	30	50	70
Sonstiges	40	61	81
September 1921	171	260	349
August 1921	165	251	339
Juli 1921	156	237	324
Juni 1921	152	231	311
Mai 1921	140	209	285
September 1920	145	216	299
August 1919/Juli 1914	16,75	22,30	28,80

(Für die einzelnen Monate seit Januar 1920 vgl. mein Buch „Wiedergutmachung und deutsche Wirtschaft“, Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin W. 15, S. 72.)

Auf den Arbeitslohn umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im September 1921 für einen alleinlebenden Mann 28 M., für ein kinderloses Ehepaar 43 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6—10 Jahren 58 M. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 8900 M., für das kinderlose Ehepaar 13 500 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 18 200 M.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum September 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,75 M. auf 171 M., d. h. auf das 10,2fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 M. auf 260 M., d. h. auf das 11,6fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 M. auf 349 M., d. h. auf das 12,1fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark je jetzt annähernd 9 Pf. wert.

### Aus den Gewerkschaften.

#### Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1920.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht in Nr. 19 die Jahresstatistik des christlichen Gesamtverbandes vom Jahre 1920. Die Mitgliederzahl betrug im Jahresdurchschnitt 1 076 792, am Ende des Jahres 1 105 584 (1919: 1 000 770). Die Gesamteinnahmen betragen 84 815 200 Mark, die Gesamtausgaben 63 413 688 Mark. Das Gesamtvermögen beträgt 42 413 950 Mark. Von den 25 christlichen Verbänden haben drei über 100 000 Mitglieder, und zwar die Verbände der Bergarbeiter, der Metallarbeiter und der Textilarbeiter.

### Aus der Textilindustrie.

Die Geschäftslage der Textilindustrie ist in allen Zweigen noch eine fortgesetzt gute. Das Gebiet, auf dem bisher die wirtschaftlichen Sanktionen lasteten, erwartet mit Aufhebung derselben eine größere Beweglichkeit wirtschaftlicher Betätigung. Die Textilindustrie ist gerade in jenem Gebiet stark vertreten. Die Auswirkung der Aufhebung wird daher auch die Arbeitsmarktlage günstig beeinflussen. Der Rohstoffmarkt ist infolge der Preissteigerung und der unsicheren zukünftigen Gestaltung vielfach ins Stocken geraten. Mit der Verschleuderung deutscher Waren im Ausland infolge des Rückganges der Mark, die eine Konkurrenz bis zur Unerträglichkeit ermöglicht, vermehren sich im Ausland die Bestrebungen, mit Rücksicht auf die eigenen industriellen Interessen Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Abschlußbestrebungen gegenüber der deutschen Konkurrenz unter dem Schlagwort Dumping (auf gut Deutsch: Schmutzkonkurrenz der Deutschen) finden dadurch guten Boden. Sind aber einmal Abwehrmaßnahmen des Auslandes in Gestalt von erhöhten Zöllen oder sonstigen Abschließungsmaßnahmen getroffen worden, dann werden auch für die Zukunft Abwehrmaßnahmen erforderlich, die besonders die deutschen Arbeiter treffen. Die Reichsbank und der Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung machen bereits auf die Schäden der Valutadumping aufmerksam. Die Reichsbank schreibt, daß die allgeringste Bedeutung für die deutsche Wirtschaft der Preispolitik beizumessen sei. Mit Nachdruck hebt sie hervor, ganz besonders die Marktpreise bei Export nach dem Auslandem daraufhin zu prüfen, ob sie infolge der neuesten Entwicklung zu niedrig, vielleicht viel zu niedrig geworden sind. Der Reichskommissar schlägt sich dem an und fährt fort: „Es ist daher dringend notwendig, in eine Nachprüfung der Preisstellung bei der Ausfuhr einzutreten mit dem Ziel, solche Ausfuhrpreise zu erreichen, die für den Ausländer, in seiner Währung gerechnet, nicht oder nicht erheblich niedriger sind als die Preise vor drei Monaten, als der Dollar 60—70 Mark galt.“ Die Anpassung der Marktpreise an die Schwankungen ausländischer Wechselkurse ist gewiß nicht immer möglich, aber bei der gewaltigen Kurssteigerung des Dollars von 60 auf 125 Mark und mehr ist eine entsprechende Anpassung mit Rücksicht auf die Interessen der deutschen Wirtschaft und seiner Zukunft unumgänglich. Eine Steigerung der Marktpreise bedeutet aber eine Steigerung der Gewinne der Warenbesitzer und Exporteure. Diese Ertragsgewinne in ihre Taschen zu bringen, bedeutet keine Stärkung der deutschen Volkswirtschaft, sondern eine Bereicherung einzelner Firmen und Verbände auf Kosten der Lebenshaltung des deutschen Volkes und besonders der deutschen Arbeiter, da auf der anderen Seite durch die Entwertung der Mark eine allgemeine Preissteigerung auch im Inland eintritt. Mit der Steigerung der Marktpreise für Waren, die ins Ausland gehen, ist daher eine gleichzeitige Steigerung der Arbeitslöhne notwendig. Volkswirtschaftlich ist es schwierig, einheitliche Normen zu schaffen, die für die Gesamtheit der Arbeiter einen gerechten Anteil garantieren oder überhaupt möglich machen. Dem Staat tut sich man es nicht an, welchen Weg es juridlegen muß, ehe es in den Konsum geht, ob es im Inland verbraucht wird oder ins Ausland geht. Die einzige Möglichkeit wäre, daß Beauftragte des Staates die Kassaregulierung bei dem ganzen Export besorgen und der Staat den Exporteuren den Wert der auszuführenden Waren in deutscher Währung und nach Inlandspreisen vergütete. Die Valutagewinne könnten dann dem Interesse der Allgemeinheit dienlich gemacht werden.

Verlängerte Arbeitszeit in der Schweizer Schiffli-Stiderei. Wie das „St. Galler Tagbl.“ meldet, hat das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement in Anwendung von Artikel 41 des Wirtschaftsgelezes für die Schiffli-Maschinenstiderei und die Hutfleischfabrikation die abgeänderte Normalarbeitswoche von 52 Stunden bis Ende März 1922 bewilligt. Das genannte Blatt schreibt dazu: „Es ist bekannt, daß die Schiffli-Maschinenstiderei sich in einer äußerst schlimmen Lage befindet. Sie ist ausgesprochene Exportindustrie, aber zufolge der Valutaverhältnisse, Einfuhrschwörungen ufm. lahmgelegt. Es kommt nun, um einen Abjag zu finden, wesentlich darauf an, das Produkt in seinem Gestehtungspreis gegenüber demjenigen der ausländischen Konkurrenz zu verbilligen. Die um vier Stunden wöchentlich verlängerte Arbeitszeit ist ein Mittel zu diesem Zwecke, und seine Anwendung ist auch im Interesse der Arbeiterschaft, indem es gestattet, eine Lohn-



Die Arbeiterschaft stimmte diesen Abmachungen zu. Den Unternehmern waren aber jetzt Bedenken gekommen. Sie erklärten am Donnerstag, den 29., daß sie doch erst in Verhandlungen eintreten wollen, ehe die Färber die Arbeit aufnehmen. Sie wollen deshalb für den Freitag den Lohnausfall an die Streikenden bezahlen. Jetzt auf einmal erkannten die Unternehmer das Unnütze ihrer Forderung: „Erst Aufnahme der Arbeit, dann wird verhandelt.“

Die Verhandlungen, die am Freitag, den 30. September stattfanden, hatten dann das Ergebnis, daß das Chemnitzer Oktoberabkommen rückwirkend ab 15. September bezahlt wird. Das Abkommen läuft bis zum 15. November.

Ueber den Streik selbst ist seitens der Arbeitgeber verschiedenes publiziert worden. In einer der Publikationen wird behauptet, daß die Löhne in dem Sächsisch-Thüringischen Bezirk höhere seien als in dem Sächsischen Bezirk. Diese Auffassung wird durch das Zeugnis des Verbandes von Arbeitgebern Sächs. Textilindustrie bestätigt. Wir möchten dies hier besonders feststellen, damit die Arbeiterschaft in Sachsen sich dieser Tatsache erinnert, wenn sie die nächsten Lohnforderungen stellen, bzw. es sich für die nächsten Lohnverhandlungen besonders vormerkt.

### Internationaler Textilarbeiter-Kongreß.

Paris, 23. September

Gestern nachmittag wurden die Delegierten zwecks Besichtigung der Sehenswürdigkeiten durch die Stadt und in einen großen Teil der Umgegend gefahren. Am Abend fand dann ein recht humoristisch verlaufenes Bankett statt.

Heute erstattet zunächst Baumeister (Genf) Bericht über die Washingtoner Verhandlungen hinsichtlich des Arbeiterschutzes. Der Redner suchte der Arbeiterschutzesvereinigung die günstigsten Seiten abzugewinnen und hält es im Interesse der Arbeiterschaft der ganzen Welt für notwendig, daß die jetzt noch nicht der Vereinigung angeschlossenen Länder ihren Anschluß vollziehen. Für ihn müßten die Arbeiter in allen Ländern wirken. Redner hofft, daß der Kongreß dem internationalen Sekretär Auftrag erteilen werde, das Arbeitsamt in seinen Bemühungen zu unterstützen, von seinen Dokumentensammlungen aber auch den ausgiebigsten Gebrauch zu machen durch Anforderungen von Auskünften.

Shaw (Sekretär) ist gleichfalls des Lobes voll über das Internationale Arbeitsamt. Er erklärt es als Pflicht der Arbeiter dafür zu sorgen, daß die das Internationale Arbeitsamt betreffenden Beschlüsse des Friedensvertrages durchgeführt werden. Die Angelegenheit wird mit den gegebenen Schwierigkeiten als erledigt angesehen. Auf Anfrage erklärt Baumeister, daß die Veröffentlichungen des Arbeitsamtes entweder unentgeltlich oder zu einem sehr mäßigen Preise abgegeben werden sollen.

Bandeputte (Paris) bringt zum Ausdruck, daß dahin gerichtet werden müsse, daß in Frankreich ausländische Arbeiter als Gewerkschaftsfunktionäre im Gegensatz zu bisher unbehelligt bleiben. Dem Verlangen wird durch Zustimmung Rechnung getragen.

Man kommt nun zu den auf Abänderung der Statuten der Internationalen Vereinigung abzielenden Anträgen, die man dem Internationalen Komitee überweist, das noch von einem Unterkomitee unterstützt werden soll.

Jädel (Deutschland) berichtet im Namen des eingesetzten Ausschusses, daß dieser gefunden habe, daß die Arbeitslosigkeit in der kapitalistischen Wirtschaftsweise keine gänzliche Beseitigung finden könne. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die Wirtschaft durch den entsetzlichen Krieg aus ihrem Geleise gekommen ist, so muß die Arbeitslosigkeit als allgemeine Erscheinung doch als ein Ausfluß der kapitalistischen Wirtschaftsweise erachtet werden. Als Mittel zur Vermeidung eines weiteren Krieges, der die Wirtschaft noch in weitere Unordnung bringen könne, müsse die Arbeiterschaft bei Kriegsausbruch alle Arbeiten verweigern, die dem Kriegszwecke dienen. Weiter empfiehlt der Ausschuß: Erzwingung der politischen Macht durch die Arbeiter. Weiter müßten Maßnahmen gegen die Schmuckkonturrenz, die einzelne Länder aufeinander ausüben, geschaffen werden durch Regelung der Wäluen. Bekämpfung müßten aber auch die Ententeländer schaffen, denn alle Kapitalisten aller Länder tragen keine Bedenken, sich auf Kosten der Völker mittels der verschiedenen Wäluen zu bereichern und die Völker zu schädigen, wo sie geschont werden müßten. Er schlägt eine dementsprechende Resolution vor, durch die ehrliche Wirtschaftspolitik von den Machthabern aller Länder gefordert wird, die von der bisherigen diplomatischen abweicht und im übrigen den Aufbau der sozialistischen Wirtschaftsweise begünstigt. Weitere wichtige Forderungen der Resolution richten sich gegen jede Ueberschreitung des Achtstundentages und gegen das Aufkommen von Kriegen. Die Resolution findet einstimmige Annahme.

Der nächste Kongreß findet in Neapel statt. Mit dieser Bestimmung ist der Kongreß an seinem Ende angelangt; er hat einen Tag weniger gebraucht, als für ihn vorgesehen war.

Mit marianen Schlussworten des internationalen Sekretärs und des Vorsitzenden geht der Kongreß auseinander. Wir tragen noch die Resolution zum Wiederaufbau nach:

### Beschluß über die Arbeitslosigkeit und Wiederaufbau.

In Erwägung, daß die Zerrüttung der Wirtschaft aller europäischen Völker sowie die furchtbare Notlage der proletarischen Volksmassen, besonders aber der katastrophale Zusammenbruch der Textilindustrie fast ganz Europas, die notwendige Folge des entsetzlichen Weltkrieges ist, in weiterer Erwägung, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem immer aufs neue aus sich selbst Ursachen zu kriegerischen Zusammenstößen der Völker erzeugt und wirklich ehrliches Zusammenarbeiten der Völker an der Weiterentwicklung der Kultur verhindert; daß die seit Ende des Krieges von den kapitalistischen Regierungen betriebene Politik und die von diesen ergriffenen Maßnahmen zu allgemeinen Geschäftsstörungen mit großer Arbeitslosigkeit geführt und die Wiederaufrichtung der Wirtschaft in die Wege zu leiten nicht vermocht hat; daß im Gegenteil trotz großen Mangels an Textilprodukten zehntausende von Textilmaschinen stillstehen, beschließt der Kongreß:

Die Millionen international vereinigt Textilarbeiter geloben, ihre ganze Kraft der Bekämpfung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, dieser Quelle aller Uebel, unter denen die Menschheit leidet und der möglichst schnellen Entwicklung einer sozialistischen Arbeitsorganisation zu widmen.

Sie verpflichten sich, mit allen Mitteln den chauvinistisch-reaktionären Strömungen in den einzelnen Ländern energischen Widerstand zu leisten und im Notfall erneuter kriegerischer Zusammenstöße jede Arbeit zur Herstellung von Bedarfsartikeln für den Krieg sowie die Einreihung in die Heere abzulehnen.

Der Kongreß erblickt im Klassenkampf des Proletariats und in der Zusammenfassung der proletarischen Kräfte der ganzen Welt zu gemeinsamen Ringen um die politische Macht die einzige Möglichkeit zur Gesundung der Welt.

Der Kongreß fordert das internationale Textilproletariat auf, in der Uebergangsperiode energisch für demokratische Ausgestaltung der Staaten und der Wirtschaft, sowie für eine Politik der Gerechtigkeit und der Offenheit einzutreten und gegen die Methoden der alten imperialistisch-militaristischen Geheimdiplomatie anzukämpfen.

Der Kongreß fordert von den heutigen Machthabern zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit:

1. Möglichst umfassende Beschaffung von Arbeitsgelegenheit durch Vornahme von Arbeiten im öffentlichen Interesse;
2. Gewährung von Arbeitslosenunterstützung an den einzelnen Arbeitslosen in Höhe des von den Arbeitern gleicher Art erzielten Arbeitslohnes;
3. Festlegung einer höchstens 44 Stunden betragenden Arbeitswoche;
4. Verbot jeder Ueberarbeit;
5. Beschränkung des einzelnen Arbeiters auf die Bedienung einer möglichst geringen Zahl von Webstühlen und anderer Maschinen; Festlegung einer Höchststundenzahl;
6. Einführung von Kurzarbeit, solange Arbeitslosigkeit in erheblichem Umfang vorhanden ist;
7. Ergreifung von Maßnahmen zur Herbeiführung stabiler Wäluen.
8. Uneingeschränkte Handels- und Austausch-Beziehungen zwischen den ehemals kriegführenden Ländern, einschließlich Rußland.

### Eine Friedensdemonstration in Belgien.

Die belgischen Gewerkschaften beschäftigen sich zurzeit lebhaft mit der Frage der Betriebsräte. Um sie gründlich zu besprechen, hatte die Generalkommission der Gewerkschaften mit der Arbeiterbildungszentrale für die Zeit vom 4. bis 10. September nach Morlanwelz, einem Städtchen in der Nähe von Charleroi, eine „Gewerkschaftswoche“ einberufen. Die Genossen de Brouckère und de Man an der Spitze behandelten die Frage vom theoretischen Standpunkt, während der Genosse Sassenbach, der bereits in ihren einzelnen Organisationen praktische Schritte unternommen wurden. Um von den Erfahrungen in anderen Ländern zu profitieren, hatte man einige ausländische Genossen eingeladen, an der Gewerkschaftswoche teilzunehmen, und über die Regelung der Betriebsrätefrage in ihrer Heimat zu berichten. Aus Frankreich wurde Merheim, aus Italien Dugoni, aus England Laske erwartet, während der Genosse Sassenbach, der bereits im Juli im Brüsseler Volkshaus einen Vortrag über die deutsche Gewerkschaftsbewegung nach dem Kriege gehalten hatte, über die Regelung der Betriebsrätefrage in Deutschland sprechen sollte. Dugoni und Laske waren am Erscheinen verhindert, während Merheim und Sassenbach anwesend waren und die angekündigten Vorträge hielten.

Die unter sozialistischem Einfluß stehende Verwaltung der Provinz Hainaut hatte für die „Gewerkschaftswoche“ ein großes Schulinternat zur Verfügung gestellt, das wegen der Ferien leer stand. Dadurch wurde auch die Unterkunft leicht geregelt, indem die Kurjusteilnehmer die einfachen aber wohnlichen Zimmerchen der Schüler benutzten konnten. Auf diese Weise lebten die rund dreihundert Teilnehmer wie eine große Familie zusammen. Gemeinsamer Unterricht, gemeinsame Mahlzeiten, gemeinsame Ausflüge, gemeinsame Unterhaltung. Eine glänzende Gelegenheit, miteinander bekannt zu werden und sich über gemeinsame Bestrebungen und Hoffnungen zu unterhalten, nicht zuletzt für die ausländischen Gäste. Da nicht alle Teilnehmer im Internat untergebracht werden konnten, hatte man für einige, darunter auch für Sassenbach, in einem Hotel Unterkunft bestellt. Hierbei gab es nun einen Zwischenfall, indem am späten Abend beim Eintragen in die Hotelliste der Wirt ablehnte, einem Deutschen Unterkunft in seinem Hotel zu gewähren. Da kein Zureden half, erklärten sämtliche im Hotel untergebrachten Kurjusteilnehmer, daß sie dann auch sofort das Hotel verlassen würden. In einigen Minuten hatte jeder sein Gepäck zusammengerafft und so zog denn ungefähr ein Duzend Deputierte, Gewerkschaftsführer und Journalisten gegen 12 Uhr aus. Die belgischen Genossen betrachteten dieses als eine Selbstverständlichkeit, aber jedenfalls war es ein Zeichen tiefer proletarischer Solidarität. Das Hotel blieb für diese Nacht völlig leer und kein Kurjusteilnehmer hat das Lokal wieder betreten, hingegen haben die Arbeiter von Morlanwelz zweimal Gelegenheit genommen, vor dem Hotel ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen. Da noch nicht alle Kurjusteilnehmer eingetroffen waren, ließ sich für diese eine Nacht eine Unterkunft im Internat beschaffen, während am anderen Tag Privatquartiere in der Stadt besorgt wurden. — Die Genossenschaften von La Louvière, einem Nachbarkleinstädtchen, hatten die Kurjusteilnehmer zu einem Empfangsabend mit Butterbrot, Gesang und Ansprachen eingeladen; dabei sollte auch Sassenbach reden. Als dieses in La Louvière bekannt wurde, fühlten sich einige Ueberpatrioten in ihren heiligsten Gefühlen verletzt. In einem Aufruf protestierten sie im Namen von 40 000 gefallenen Belgiern dagegen, daß ein Deutscher nach La Louvière kommen und dort öffentlich sprechen sollte, sie forderten die Bevölkerung, besonders die Kriegsteilnehmer, und ehemaligen Deportierten zu einer Demonstration auf, um denen, die den „Boche“ eingeladen hatten, ihre Unzufriedenheit und ihre Verachtung entgegenzuschleudern.

Die belgischen sozialdemokratischen Arbeiter nahmen den Fehdehandschuh auf. Die Führer der Arbeiterorganisationen des Industriebezirks kamen sofort zusammen und beschloßen einstimmig, daß Sassenbach auf jeden Fall sprechen, und daß der angekündigten Demonstration eine Gegendemonstration großen Stils entgegengestellt werden sollte. Am Verammlungsabend strömten mit den Bahnen, den Trams und zu Fuß rund 12 000 Arbeiter in La Louvière zusammen. Der Aufzug, mit dem Sassenbach nach La Louvière ging, bildete sich in einem Nachbort. Sassenbach erhielt eine Ehrengarde aus ehemaligen Kriegsteilnehmern und Deportierten, nicht weil dieses zum persönlichen Schutze nötig gewesen wäre, sondern um zu betonen, daß diese beiden Gruppen, die von den Ueberpatrioten besonders aufgerufen waren, es entschieden ablehnten, die Deutschenbege mitzumachen.

Am Ausgang der Straße, die zu dem Platze führt, an dem das Volkshaus liegt, hatten sich die Patrioten aufgestellt, anscheinend, um dem Zuge der Sozialisten den Zugang zu verwehren. Sie wurden in einigen Sekunden zur Seite gedrückt und außer Tätigkeit gesetzt, wobei ihre Schilder vernichtet und die Fahne ihnen abgenommen wurde. Die Fahne wurde dann am andern Morgen auf dem Bürgermeisteramt abgehoben.

Im Saale hatten rund 1500 Personen Platz für die übrigen wurde auf dem Platz vor dem Volkshaus eine Versammlung abgehalten. Ein Versuch, diese Versammlung durch Suspensignale zu stören, war schnell erledigt.

Als Sassenbach zusammen mit de Brouckère, de Man, dem sozialistischen Abgeordneten des Kreises und den Sekretären der belgischen Gewerkschaftszentrale die Bühne betrat, brauste ein Beifallsturm los, ganz spontan erhob sich die ganze Versammlung und sang die Internationale. Der Beifallsturm wiederholte sich, als Sassenbach das Wort ergrieff, und als er seine Rede endete. Vor ihm hatte der sozialistische Abgeordnete Marsart gesprochen, der am Schluß seiner Rede auf Sassenbach zuschritt und ihm die Hand reichte. Die Reden de Brouckères und de Mans, die beide den Willen zum brüderlichen Zusammenarbeiten mit den Arbeitern Deutschlands betonten, wurden ebenfalls mit brausendem Beifall aufgenommen.

Es war eine Demonstration von überwältigendem Eindruck, vor allem, da sie nicht vorbereitet war und infolge des Vorgehens der Ueberpatrioten ganz von selbst entstand. Ihre große Bedeutung hat sie noch aus einem anderen Grunde. Gerade die Industriegenossen von La Louvière hat durch die verbrecherischen Zwangsdeportationen am meisten gelitten, was man an Einzelfällen hört, ist erschütternd. Daß aus einzelnen Orten an 20 v. H. der Bevölkerung deportiert wurden und daß von den Deportierten an 20 v. H. in Deutschland starben, ist in Deutschland selbst kaum bekannt, läßt aber verstehen, daß die Bevölkerung, auch die Arbeiter mit Haß und Groll gegen Deutschland erfüllt waren. Daß in einem solchen Bezirk eine so überwältigende Demonstration zu-

gunsten des Völkerrfriedens und der proletarischen Verständigung möglich war, hat nicht allein die belgischen Patrioten, sondern auch belgische Sozialisten überrascht; diesen hat sie Mut zum weiteren Arbeiten im Sinne der Völkerverständigung gegeben, jene mit Mut erfüllt, und diese Mut trotz noch immer in der belgischen Kapitalistenpresse aus. — Am Tage nach der Versammlung in La Louvière erhielt der sozialistische Bürgermeister von Morlanwelz ein Schreiben der katholischen Vereinigung und der katholischen jungen Garde des Ortes, durch das er aufgefordert wurde, Sassenbach innerhalb 24 Stunden aus Morlanwelz zu entfernen. Sassenbach erhielt von denselben Anhängern der katholischen Kirche die Aufforderung, innerhalb 24 Stunden den Ort zu verlassen; falls dieses nicht geschähe, würde ihm etwas passieren, das ihm nicht angenehm wäre. Der Bürgermeister antwortete, daß er keine Veranlassung hätte, der Aufforderung nachzukommen, und Sassenbach hat überhaupt nicht geantwortet. Dagegen haben die Kurjusteilnehmer sagen lassen, daß Sassenbach keine Minute früher abreisen würde, als sein Auftrag ausgeführt wäre und als er selbst wünsche. Und als man am vorletzten Abend eine antideutsche Demonstration machen wollte und statt dessen nur ein kleines Demonstrationen zustande bekam, war die Arbeiterschaft wieder bereit, einzuspringen, was aber gar nicht nötig war.

Jedenfalls kann angenommen werden, daß dank dem Eingreifen der belgischen Ueberpatrioten die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der belgischen und der deutschen Arbeiterklasse bedeutend gestärkt worden sind, daß man sich näher gekommen ist und bald wieder imstande sein wird, vertrauensvoll und freundschaftlich miteinander zu arbeiten.

### Aus der Arbeiterbewegung in Japan.

Arbeitsstreitigkeiten im Jahre 1920. Größere Arbeitsstreitigkeiten kannte man in Japan vor dem Kriege nur in seltenen Fällen. In den Jahren 1907 bis 1913 wurden durchschnittlich 30 Streiks mit 5174 Beteiligten je Jahr gemeldet. Seitdem hat ihre Zahl rasch zugenommen. Für den Zeitraum 1914 bis 1918 betrug sie schon im Jahresdurchschnitt 207 Streiks mit 29 587 Beteiligten, im Jahre 1919 sogar 497 Streiks mit 63 137 Beteiligten. Diese Entwicklung dauerte noch bis ins erste Vierteljahr 1920 an, das 122 Streiks mit 13 806 Beteiligten brachte, während infolge der Wirtschaftskrise für den übrigen Teil des Jahres nur 160 Streiks mit 22 565 Beteiligten, für das ganze Jahr also 282 Streiks mit 36 371 Beteiligten, gemeldet wurden. Bewegungen ohne Arbeitseinstellung erfolgten im gleichen Jahre in 787 Fällen mit 91 120 beteiligten Arbeitern Sabotageakte, die noch 1919 wiederholt vorkamen, sind bei den Streiks des Jahres 1920 nicht berichtet worden.

Im letzten Jahre entfielen 48 Proz. der Streiks bzw. 43 Proz. der Streikenden auf die Fabrikindustrie, 8 bzw. 6 Proz. auf den Bergbau, 11 bzw. 22 Proz. auf Träger und Fuhrleute und 33 bzw. 29 Proz. auf verschiedene Berufe. In 26 Fällen erfolgten 375 Verhaftungen unter der Anklage des Verstoßes gegen Strafbestimmungen. In zwei Fällen wurden insgesamt 179 Personen wegen Störung des öffentlichen Friedens festgenommen; in 22 Fällen bei 185 Verhafteten handelte es sich um Vergehen gegen § 17 des Polizeigesetzes über die öffentliche Ruhe und Ordnung usw.

Ursache und Ergebnis der Bewegungen geht aus folgender Uebersicht hervor:

Ursache:	Bewegungen mit Arbeitseinstellung		Bewegungen ohne Arbeitseinstellung	
	Bewegungen	Beteiligte	Bewegungen	Beteiligte
Lohnforderung	151	19 604	420	49 416
Abkündigung des Lohnabbaus	64	8 299	146	22 703
Forderung besserer Arbeitsbedingungen	28	2 941	107	8 794
Wünschliche Vorgesetzte	16	3 426	29	3 229
Sonstige Ursachen	23	2 101	85	6 973
<b>zusammen</b>	<b>282</b>	<b>36 371</b>	<b>787</b>	<b>91 120</b>
<b>Ergebnis:</b>				
Kompromiß	143	17 973	537	69 114
Forderungen wurden bewilligt	39	3 544	68	6 888
zurückgezogen	43	4 369	69	10 257
abgewiesen	57	10 486	93	4 861
<b>zusammen</b>	<b>282</b>	<b>36 371</b>	<b>787</b>	<b>91 120</b>

Dauer der Streiks	Zahl der Streiks	Beteiligte
1 Tag	59	4 563
2 Tage	57	4 063
3	51	4 312
4	13	1 003
5	16	1 148
6 bis 10 Tage	53	3 056
über 10 Tage	33	8 231
<b>zusammen</b>	<b>282</b>	<b>36 371</b>

### Günstige Erfahrungen mit dem Achtstundentag.

Von A. Knobloch, Großschönau.

Wie wir wissen, ist es bei den Unternehmern zur Mode geworden, die Einführung des Achtstundentages als Wurzel allen Übels zu bezeichnen. Da tut es geradezu weh, wenn man vernimmt, daß es auch andere Urteile gibt. Man darf diese günstigen Urteile umso höher bewerten, wenn sie von Unternehmern oder von Gewerbeaufsichtsbeamten stammen. So las ich einige Auszüge aus dem Bericht der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten. Es befinden sich darin sehr beachtliche Mitteilungen über günstige Erfahrungen mit dem achtstündigen Arbeitstages. So wird aus dem Regierungsbezirk Bautzen mitgeteilt, daß dort eine Reinweberei nur fünf Tage zu je acht Stunden am Tage arbeiten läßt, weil die Erzeugung an den Webstühlen ganz erheblich gestiegen ist und jetzt in fünf Tagen daselbe erzielt wird, wie früher in sechs Tagen. In der Strickerabteilung dieses Unternehmens wird jetzt, so heißt es weiter, nicht nur in acht Stunden daselbe geleistet wie früher in zehn, die Arbeiter sind jetzt auch viel laudbarer, weil bei der kürzeren Arbeitszeit Augen und Nerven nicht in dem Maße angeanstrengt werden wie früher bei einer zehnstündigen Arbeitszeit. Ein Glasbläsenbesitzer in demselben Bezirk hat bekundet, daß die Stücklohnarbeiter jetzt bei acht Stunden daselbe leisten, wie in der längeren Arbeitszeit vor dem Kriege. Eine Bauern Waggonfabrik hat einwandfrei festgestellt, daß durch die Einführung des Achtstundentages zwar die Gesamtleistung etwas zurückgegangen, die stündliche Arbeitsleistung jedoch erheblich gestiegen und noch im Steigen begriffen ist. Neben ungünstigen, in der Hauptsache auf kurzfristige zurückzuführenden Urteilen finde ich in dem erwähnten Jahresbericht noch mehr Feststellungen über günstige Erfahrungen mit dem Achtstundentag. Erwähnt sei noch die Mitteilung aus dem Kreise Chemnitz, wonach dort der Achtstundentag bei den Arbeitgebern immer mehr Freunde gefunden habe, und die Auslassung eines Direktors einer großen Teigwarenfabrik im Reizener Bezirk, der betonte, die Einführung des Achtstundentages „sei keineswegs eine der Industrie schädliche Erfindung“. In einer Zeit, wo industrielle Schatzmacher dem Achtstundentag zu Leibe gehen möchten, sollten solche ähnliche Beurteilungen nicht unbeachtet bleiben.